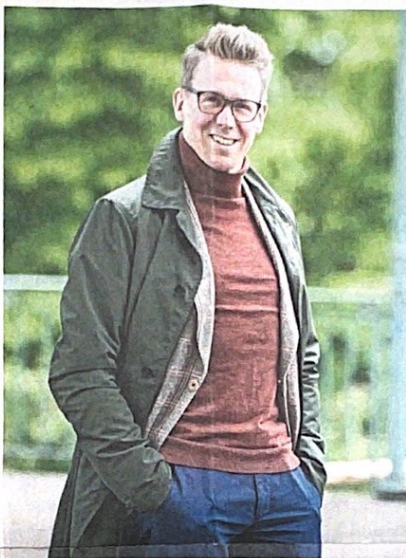


Bern

Drei für einen handfesten Job

Bern wählt Regierungsstatthalter bewilligen Bars oder lehnen Bauprojekte ab und greifen damit stark in den Alltag ein. Nun stellen sich zwei Kandidatinnen und ein Kandidat zur Wahl.



Sie wollen den Statthalter-Job: Ladina Kirchen, Claude Grosjean und Tatjana Rothenbühler. (v.l.) Fotos: Adrian Moser und Franziska Rothenbühler

Brigitte Walser

Statthalter ist ein handfester Job. Der Ende Jahr in Pension gehende Christoph Lerch hat in den vergangenen Monaten zum Beispiel die Baubewilligung für 74 neue Wohnungen in Bolligen erteilt und 14 Einsprachen dagegen abgelehnt. Er hat einer Pop-up-Bar in Bern aufgrund der Corona-Regeln die Bewilligung verweigert und damit die bereits mit Aufbauten beschäftigten Barbetreiber vor den Kopf gestossen. Er überprüft einen Schliessstand in der Region auf dessen Sicherheit bezüglich Virenschutz – und eine Abstimmungsbotschaft in Laupen auf deren Ausgewogenheit.

Ein Statthalter kann tief in den Alltag der Bevölkerung eingreifen, und diese wählt nun am 13. Juni Lerchs Nachfolgerin oder Nachfolger für den Verwaltungskreis Bern-Mittelland. Zwei Frauen und ein Mann bewerben sich, alle haben sie Jus studiert. Kandidat der SP ist Ladina Kirchen (S) – die Anwältin arbeitet in einer eigenen Kanzlei und wohnt in Oberbottigen in Bern. Die FDP hat Tatjana Rothenbühler (50) nominiert, sie ist beim Bund im Compliance-Bereich tätig und wohnt im Spiegel in Köniz. Für die GLP steigt Claude Grosjean ins Rennen (46), der in der Eidgenössischen Steuerverwaltung arbeitet und in der Berner Altstadt wohnt. Die drei stellen sich den Fragen des «Bund»:

Was reizt Sie an diesem Amt?

Ladina Kirchen: Dass es so breit gefächert und nahe an den Menschen ist. Mir gefällt die Kombination aus Recht, Aufsicht, Verwaltung und Vermittlung. Ausserdem arbeitet man mit einem kompetenten Team zusammen.

Tatjana Rothenbühler: Die breite Themenvielfalt und die Bürger-

«Es hilft, dass ich als selbstständige Anwältin auch die Sicht der Privatwirtschaft kenne.»

Ladina Kirchen
SP, Bern

nähe machen es aus. Das ist mir aufgefallen, als ich im Statthalteramt Fraubrunnen gearbeitet habe. Mich reizt es, die richtige Balance zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen zu finden.

Claude Grosjean: Dass ich an dieser Schnittstelle von Verwaltung und Politik meine bisherigen Erfahrungen aus beiden Bereichen vereinen kann. Ich war elf Jahre Mitglied des Berner Stadtrats und arbeite beim Bund im Be-

Ladina Kirchen (SP)

Die 51-jährige Ladina Kirchen ist im Kanton Graubünden aufgewachsen. Sie machte einen Lehrabschluss im Hofelch, bevor sie die Matura nachholte. Jus studierte, das Anwaltspatent machte und eine Mediationsausbildung absolvierte. Seit 2018 führt sie mit zwei Partnerinnen eine Anwaltskanzlei in Bern-Bümpliz und bietet in der Frauenzentrale in Bern Beratungen an. Von 2017 bis 2019 war sie als SP-Politikerin Mitglied des Berner Stadtrats. Kirchen hat zwei schulpflichtige Töchter und wohnt mit ihrer Familie in Oberbottigen im Westen von Bern. (pd/bw)

reich der Steuergesetzgebung. Zudem ist es kein Schreibtisch-Job: Man ist viel vor Ort bei den Leuten.

Im Kanton Bern gibt es fünf Statthalterinnen und fünf Statthalter, sie vertreten in ihrer jeweiligen Region den Regierungsrat. Dabei beaufsichtigen sie unter anderem die Gemeinden – in Bern-Mittelland sind es 76 –, erteilen Bewilligungen im Gast- und im Baugewerbe, sind für das Erbschaftswesen zuständig und beaufsichtigen die Feuerwehren.

Statthalter sind vor allem für das Umsetzen von Gesetzen zuständig. Sie werden also wenig Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Grosjean: Ja, es geht um den Vollzug. Aber man wird vom Volk gewählt. Das zeigt, dass sich das Amt von anderen Kaderstellen in der Verwaltung unterscheidet. Beim Vollzug müssen stärker die politischen Rahmenbedingungen miteinbezogen werden. Vom Statthalter darf man eine klare Linie erwarten. Er sollte kein Sheriff, sondern ein Dienstleister sein.

Kirchen: Klingt trocken, das stimmt schon. Aber neben dem Vollzug darf man die anderen Aufgaben nicht unterschätzen: Statthalter sind im Austausch mit den Gemeinden, sind Auskunftspersonen, Vermittler, Dienstleistende. Da will ich mich frühzeitig und aktiv einbringen. Es hilft, dass ich als selbstständige Anwältin auch die Sicht der Privatwirtschaft kenne. Ich bin es gewohnt, Entscheidungen zu treffen. Aber auch das Vermitteln passt mir sehr, das habe ich schon gemerkt, als ich in Schaffhausen als stellvertretende Stadtschreiberin Einspracheverhandlungen im Baubereich geführt habe.

«Selbst die beste Vision eines Chefs taugt nur etwas, wenn sie das Team auch mitträgt.»

Claude Grosjean
GLP, Bern

Rothenbühler: Auch beim Vollzug von Gesetzen gibt es einen Handlungsspielraum, und den möchte ich möglichst zugunsten der Bürgerinnen und Bürger nutzen. Als promovierte Juristin kann ich Lösungen erarbeiten, mich austauschen und entscheiden. Und als Mitglied des Könizer Parlaments habe ich gelernt, dies auch über die Parteigrenzen hinaus zu tun.

Der zurücktretende Lerch ist Mitglied der SP. Er ist seit über zehn

Claude Grosjean (GLP)

Der 46-jährige Claude Grosjean ist in Wichtrach aufgewachsen und lebt in der Berner Altstadt. Er hat das Lehrerseminar besucht, Jus studiert und das Anwaltspatent gemacht. In der Eidgenössischen Steuerverwaltung arbeitet er im Bereich der Steuergesetzgebung in einer Kaderfunktion. Ende Jahr schliesst er einen Mastor der Public Administration ab. Grosjean ist Vizepräsident der bernischen GLP und war von 2009 bis 2019 im Berner Stadtrat. Das Wahlprozedere kennt er bereits: Er trat 2017 gegen Statthalter Christoph Lerch an, unterlag dem Bisherigen aber. (pd/bw)

Jahren im Amt, und schon zuvor war dieses mit Regula Madarovon einem SP-Mitglied besetzt. Herausforderer der SVP, der Grünen (GAP) und der GLP unterlagen in den vergangenen Wahlkämpfen. Jetzt stehen drei Parteien mit eigenen Kandidaten am Start.

Wie wollen Sie Ihre Partei im Amt einbringen?

Rothenbühler: Ich wurde von der FDP nominiert und werde auch von der SVP unterstützt, doch es ist kein politisches Amt. Die Parteizugehörigkeit darf im Amt nicht im Vordergrund stehen. Der Statthalter muss für alle Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinen und das Gewerbe gleichermaßen und unabhängig Ansprechperson sein. Es ist aber klar, dass alle Kandidaten eine andere Biografie und ein eigenes Wertesystem haben. Insofern werde ich mich sicher von Christoph Lerch unterscheiden. Ich bin beispielsweise selber Mitglied der KMU Köniz, das Gewerbe liegt mir am Herzen.

Kirchen: Wenn es Ermessensspielräume gibt, werden meine Beruf- und Lebenserfahrung eine Rolle spielen sowie meine Prinzipien, die auch eine politische Färbung aufweisen. Alle wissen, dass ich die SP im Stadtrat vertreten habe.

Grosjean: Die Parteipolitik darf ähnlich wie bei den Richterinnen und Richtern keine Rolle spielen, wenn man etwa über eine Beschwerde gegen einen Entscheid des Stadtrates befinden muss. Als GLP-Mitglied habe ich den Vorfall, weder zur rot-grünen Mehrheit der Stadt noch zur bürgerlichen Mehrheit im Kanton zu gehören.

In der kantonalen Direktion ist mit Evi Allemann eine SP-Politikerin für die Statthalterin zuständig. Ein Problem oder ein Vorteil?

«Ich kenne die Bedürfnisse der Landgemeinden und weiss, dass die Stadt mächtig ist.»

Tatjana Rothenbühler
FDP, Köniz

Kirchen: Ich hätte auch kein Problem, wenn sie eine bürgerliche Politikerin wäre.

Rothenbühler: Die Zusammenarbeit mit Evi Allemann stellt für mich kein Problem dar. Ich bin es gewohnt, über die Parteigrenzen hinweg konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Grosjean: Gar kein Problem. Ich bin Evi Allemann schon in verschiedenen Rollen begegnet. Erst

Fortsetzung auf Seite 20

Tatjana Rothenbühler (FDP)

Die 50-jährige Tatjana Rothenbühler ist in Weggis und Küssnacht aufgewachsen und lebt seit über 30 Jahren im Raum Bern. Sie hat in Bern Jus studiert sowie in Freiburg in Sicherheits- und Völkerrecht promoviert und arbeitet beim eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) im Bereich Compliance. Rothenbühler ist Vizepräsidentin der FDP Köniz und seit 2018 Mitglied des Könizer Gemeindeparlaments. Sie hat zwei Söhne im Teenageralter und lebt mit ihrer Familie in einem 3-Generationenhaus im Spiegel in Köniz. (pd/bw)

Bern

Es soll kein normales Denkmal werden

Holocaust In der Stadt Bern soll eine Gedenkstätte für die Opfer der Nazis entstehen. Inzwischen unterstützen auch rechte Politiker einen zentralen Erinnerungsort.

Andreas Marti

In den letzten Monaten hat eine Gruppe das Konzept einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus fertig erstellt. Ihr gehören unter anderem die Auslandschweizer-Organisation und das Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich an. Fragen nach dem genauen Standort, der Finanzierung und den Dimensionen liessen die Initianten am Freitag allerdings offen. Klar ist einzig: Der offizielle Erinnerungsort soll in der Stadt Bern entstehen. Am Dienstag wollen sie das Konzept dem Bundesrat übergeben. An der anschliessenden Medienkonferenz soll dann im Beisein von zwei Zeitzeuginnen das Projekt vorgestellt werden.

Inhalt soll beeindrucken

So viel ist gemäss «Bund»-Recherchen aber schon jetzt klar: Bei der Gedenkstätte geht es nicht allein um ein herkömmliches Denkmal mit Schautafel. Ein Mahnmal wie etwa in Berlin ist demnach nicht vorgesehen. Es solle nicht ein Ort entstehen, der durch seine Grösse beeindrücke, sondern durch seinen Inhalt, heisst es aus dem Umfeld der Initianten.

Neben der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Rolle der Schweiz soll die politische Bildung im Zentrum des Erinnerungsortes stehen. Dazu soll in Bern mit bestehenden Institutionen, etwa dem Historischen Museum, der Universität oder den Fachhochschulen, zusammengearbeitet werden. Bern als Politikzentrum bringe dafür die ideale Voraussetzung für das Projekt mit, heisst es weiter.

Dass in der Stadt Bern die Entstehung des Erinnerungsortes



Flüchtlinge an der Schweizer Grenze in Basel im November 1944. Foto: Keystone

überparteilich und auch von der SVP unterstützt wird, nehmen die Initianten erfreut zur Kenntnis. Die zeitliche Distanz mache es möglich, dass heute weniger emotional über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg debattiert werden könne.

Sophie-Scholl-Vergleiche

Im Berner Stadtrat setzt sich Katharina Altas (SP) für die Gedenk-

stätte ein. Laut Altas gerät die Katastrophe des Nationalsozialismus immer mehr in Vergessenheit, nicht zuletzt weil die Zeitzeugen immer weniger werden. «Wenn sich heute Gegnerinnen von Corona-Massnahmen mit Sophie Scholl oder Anne Frank vergleichen, dann zeigt mir das, dass es dringend notwendig ist, in politische Bildung zu investieren und die Erinnerungskultur wachzuhalten.»

Auch hätten die politischen Entwicklungen der letzten Jahre gezeigt, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie jederzeit ins Wanken geraten könnten.

Stapi wartet auf Telefonat

Am Donnerstag bat Altas den Gemeinderat, zu prüfen, inwiefern das Projekt seitens der Stadt unterstützt werden könne.

Immer wieder gibt es die Forderung, über die Gastronomiebetriebe sollten die Städte selber entscheiden können, auch der zuständige Berner Gemeinderat Reto Nause setzt sich für mehr Autonomie ein. Doch die Stathalter beharren bisher auf ihren Kompetenzen und einer einheitlichen Bewilligungspraxis und hatten mit ihrem Widerstand Erfolg. Zwei der Kandidaten scheitern jedoch aus:

Haben Sie Verständnis für den Wunsch nach mehr Kompetenzen für die Städte bei der Bewilligung von Gastronomiebetrieben?
Kirchen: Ich habe grosses Verständnis für dieses Anliegen und unterstütze diese Forderung. Die Gastronomiebetriebe sind auch Teil der Stadtgestaltung.

Grosjean: Ja, ich unterstütze diese Forderung und sehe eine Lösung wie bei den Baubewilligungen: Grössere Gemeinden, welche die Kapazitäten dazu haben, sollen für diese Bereiche selbst zuständig sein. Für die anderen erledigt es weiterhin das Stathalteramt.
Rothenbühler: Offenbar kam es in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Ansichten zwischen Gemeinden und Stathalter, deshalb kam dieser Wunsch nach mehr Autonomie auf. Im Idealfall gibt es hier aber gar keine Diskrepanzen.

Mehrere Hundert Schweizer wurden in den Konzentrationslagern ermordet.

Das Interfraktionelle Postulat wurde auch von SVP-Mann Thomas Fuchs unterschrieben. Stadtpresident Alec von Grafenried (GFL) kann den Wunsch nach einem nationalen Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus nachvollziehen. Von den Initianten sei die Stadt aber bislang nicht kontaktiert worden. «Wir warten immer noch auf ein Telefonat», sagt von Grafenried. Die Stadt sei deshalb auch bei der Standortsuche nicht aktiv geworden. Für von Grafenried ist klar: «Es sollte ein symbolträchtiger Ort sein.»

Man sei nun gespannt auf das Konzept der Gruppe und hoffe auf eine tragfähige Idee.

Über 1000 Schweizer im KZ

Über tausend Schweizer, die meisten davon Auslandschweizer, erlebten den Horror der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Mehrere Hundert von ihnen wurden in den KZ ermordet. Dennoch gibt es bis heute in der Schweiz keine offizielle Gedenkstätte für die Opfer jener Zeit.

Forderungen dazu bestehen schon seit den 1990er-Jahren. Bislang kam die Errichtung eines zentralen Gedenkortes für die Opfer des Nationalsozialismus und die zurückgewiesenen Flüchtlinge an der Schweizer Grenze nicht zustande. Der Mythos von der neutralen Schweiz, die sich nichts zuschulden kommen liess, hielt sich während der Zeit des Kalten Krieges hartnäckig.

Erst danach und auf Druck von aussen – Stichwort Nazigold – begann Mitte der 1990er-Jahre eine Auseinandersetzung der Schweiz mit ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg. Eine unabhängige Expertenkommission machte die Verwicklung der Schweiz mit dem Naziregime einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Seit 2004 wird auch hier am 27. Januar offiziell der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedacht.

Bund soll zahlen

Inzwischen findet das Projekt einer nationalen Gedenkstätte auf Bundesebene eine grosse Mehrheit: Über hundert Nationalrätinnen und Nationalräte haben in der Frühlingssession eine entsprechende Motion des Zürcher SVP-Nationalrates Alfred Heer unterschrieben. Im Ständerat wurde von Daniel Jositsch (SP) ein gleich lautender Vorstoss eingereicht.

«Auch künftige Generationen müssen wissen, was geschah, damit sie ein Bewusstsein dafür entwickeln können, wie fragil Demokratie und Rechtsstaat sind», schreiben Alfred Heer (SVP) und Daniel Jositsch (SP) in ihren Vorstössen. «Die Katastrophe, die der Nationalsozialismus in Europa angerichtet hat, darf nicht in Vergessenheit geraten, gerade bei jungen Leuten», so Heer.

Fortsetzung von Seite 19

im Studium, später als Stadtrat. Ich würde mich über eine weitere Zusammenarbeit freuen.

Selbstverständlich sind die Kandidaten im Wahlkampf auch um Überparteilichkeit bemüht, um aus möglichst vielen Lagern Stimmen zu erhalten. Für die Parteien selbst ist es aber offenbar wichtig, wer das Amt besetzt und dass sie einen der ihren ins Amt hieven können. Zwar wird der Wahlkampf coronabedingt teilweise virtuell geführt, doch die Kandidierenden touren auch durch die Gegend und stellen sich in den Gemeinden vor.

Für die politischen Parteien war der Stathalter bisher vor allem im Zusammenhang mit der Reitschule ein rotes Tuch. Die SVP warf Lerch vor, befänden oder handlungsunfähig zu sein. Aber auch linke Kreise waren vor Jahren über seine Vorgaben zum Vorplatz erztürnt. Reib blieb jeweils gelassen. Er machte darauf aufmerksam, dass seine Aufgabe die Bewilligung des Gastronomiebereichs sei. Er engagierte sich zwar darüber hinaus, etwa bei Kontrollen. Doch eigentlich ist dafür die Stadt zuständig.

Ist für Sie die Reitschule ein Gastronomiebetrieb wie jeder andere?

Grosjean: Nein. Es müssen zwar die gleichen Regeln gelten, aber bei der Reitschule braucht es mehr Sensibilität und Aufmerksamkeit. Das muss Chefsache sein, braucht den ständigen Dialog und darf nicht vom Schreibtisch aus geregelt werden.

Rothenbühler: Für die einen ist sie ein Ort für die Jugend und die Kultur, für die anderen wird sie als rechtsfreier Raum gesehen oder als Raum mit rechtlichen Privilegien. Für mich ist klar, dass sich Betreiber und Benutzer an die geltenden Gesetze zu halten haben. Ebenso dürfen im Bedarfsfall die Aufgaben der Polizei nicht beeinträchtigt werden. Derzeit sind verschiedene Zwischennutzungen bewilligt, und es ist momentan ruhig. Es ist zu hoffen, dass sich die vergangenen Probleme nicht wiederholen, wenn auf der Schutzzone ein schöner Stadtplatz entsteht.

Kirchen: Nein, dort wird nicht nur konsumiert. Es ist ein Kulturort, ein Treffpunkt für die Jugend. Das Stimmvolk hat das mehrmals bestätigt und unterstützt. Für den Gastronomiebetrieb gelten die gleichen Regeln gelten, und Angriffe auf die Polizei sind nicht zu dulden. Das Umfeld ist komplex. Es gibt Dinge, die nicht ideal sind, etwa die geografische Nähe zur Drogenaufstelle. In

den Dialog und in die Pflichten einzubeziehen sind allenfalls auch umliegende Gemeinden, denn es besuchen nicht nur Jugendliche aus Bern die Reitschule. Klar ist auch: Eine Schliessung ist keine Lösung.

Das Thema Lärm hat den Stathalter immer wieder beschäftigt. Wie wägen Sie zwischen Nachtruhe und Nachtleben ab?

Rothenbühler: Lärm ist nicht gleich Lärm. Wer in die Berner Altstadt zieht, weiss, dass er dort nicht Stille erwarten kann, ich habe selbst früher dort gewohnt. In den Aussenquartieren ist es etwas anderes, deshalb muss man das unterscheiden. In der Stadt braucht es Zonen, in denen man dem Nachtleben frönen kann.

Grosjean: Im Vordergrund steht, was die Standortgemeinde will. Wo darf es etwas lauter sein, wo nicht? Es geht darum, die Gemeinden bei der Umsetzung ihrer Planung und Ziele zu unterstützen.

Kirchen: Ist der juristische Weg einmal eingeschlagen, dann lässt sich nicht viel machen, dann ist das Bundesrecht einzuhalten. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig mit allen Beteiligten Lösungen zu suchen. In der Berner Aarberggasse ist dies gelungen.

Vor einigen Jahren hat der Grosse Rat eine weitere Tätigkeit im Gesetz für die Regierungstathalter verankert: die Täteransprache bei häuslicher Gewalt. Die Personen werden vom Stathalter zu einem Gespräch eingeladen. Diese Unterredungen wurden zum Standard erklärt, nachdem verschiedene Stathalterämter gute Erfahrungen damit gemacht hatten.

Fühlen Sie sich bereit für solche Gespräche?

Grosjean: Ich habe während meines Anwaltspraktikums auf dem Stathalteramt Seftigen bei Täteransprachen Protokoll geführt. Das sind menschlich schwierige Situationen, aber es ist wichtig, dass der Stathalter dazu Stellung nimmt, um zu zeigen, dass es sich nicht um eine Privatangelegenheit handelt. Das hat eine Wirkung. Ich werde mich gezielt auf diese Aufgabe vorbereiten.

Kirchen: Ich habe schon Opfer vertreten und kenne deshalb Verfahren zu häuslicher Gewalt bis hin hauptsächlich aus Opferseite. Die Täteransprache finde ich sehr sinnvoll. Ich würde sogar befürworten, dass Stathalter bei diesen Gesprächen Massnahmen nicht nur empfehlen, sondern auch anordnen könnten.
Rothenbühler: Ja, ich habe solche Gespräche bei meiner Arbeit auf

dem Stathalteramt Fraubrunnen erlebt. Als Stathalter sitzt man Menschen gegenüber mit Problemen aus den verschiedensten Bereichen. Ich habe keine Berührungspunkte.

Welche der vielen Aufgaben flösst Ihnen am meisten Respekt ein?

Rothenbühler: Ich kenne die Bedürfnisse der Landgemeinden und weiss, dass die Stadt mächtig ist. Als Herausforderung erachte ich, hier möglichst schnell eine Standortbestimmung zu machen und die Prioritäten zu erkennen, damit ein rasches und transparentes Arbeiten möglich ist, das den verschiedenen Bedürfnissen gerecht wird.

Grosjean: Das Stathalteramt braucht eine längerfristige Strategie. Die Erarbeitung und Umsetzung einer solchen Strategie zusammen mit dem Team ist eine anspruchsvolle Führungsaufgabe. Ich absolviere gerade eine Management-Weiterbildung, und mir ist klar, dass selbst die beste Vision eines Chefs nur etwas taugt, wenn sie das Team auch mitträgt.
Kirchen: Die Interessen und Bedürfnisse sowohl von Stadt als auch Landgemeinden unter einen Hut zu bringen, ist anspruchsvoll, zumal ich aktiv einen Zugang zu beiden schaffen und auf ihre Bedürfnisse eingehen will.